

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Einzelgenpreis: Die 6 gepalt. Millimeterzeile für Arbeitsgenpreis 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzelgen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelstr. 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 33

Duisburg, den 13. August 1921

22. Jahrgang

Organisationsklausel, Koalitionsfreiheit und Tarifvertrag

II.

Sollten trotzdem nach den Artikeln 124 und 159 in Verbindung mit 151 der Reichsverfassung noch Zweifel bestehen, ob die Organisationsklausel unwirksam ist oder nicht, so werden diese Zweifel durch das Betriebsrätegesetz m. E. restlos beseitigt. Wiensfeldt glaubt zwar, daß im Betriebsrätegesetz die Frage des tariflichen Organisationszwanges überhaupt nicht behandelt werde. Diese Ansicht trifft indessen nur insoweit zu, als man im Betriebsrätegesetz eine ausdrückliche Behandlung der Frage vermissen muß. Dagegen ergibt sich zweifellos indirekt aus den Par. 81 und 84 BtRG., daß das Betriebsrätegesetz die Organisationsklausel zum mindesten als unwirksam, wenn nicht gar als rechtswidrig voraussetzt. Sagt es doch im Par. 81:

„Die gemäß § 78 Ziffer 8 vereinbarten Richtlinien müssen die Bestimmung enthalten, daß die Einstellung eines Arbeitnehmers nicht von seiner politischen, militärischen, konfessionellen oder gewerkschaftlichen Betätigung, von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein oder einem militärischen Verband abhängig gemacht werden darf.“

Das Betriebsrätegesetz verleiht weiterhin im Par. 84 ein Einspruchsrecht gegen die Kündigung wegen Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht, wegen politischer, militärischer, konfessioneller oder gewerkschaftlicher Betätigung oder wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder beruflichen Verein, oder einem militärischen Verbande erfolgt ist.

Man könnte zwar einwenden, daß in diesen beiden Paragraphen nur von Vereinbarungen zwischen der Betriebsvertretung und dem Arbeitgeber bzw. von einseitigen Maßnahmen des Arbeitgebers, nicht jedoch von tarifvertraglichen Vereinbarungen die Rede ist und daß aus dem Einspruchsrecht gegen die Einstellung und Entlassung aus gewerkschaftspolitischen Gründen nur dann Rechte abgeleitet werden können, wenn die Betriebsvertretung den Einspruch unterstützt und am Schlichtungsausschuß fortgesetzt. Ich gehe auch nicht soweit, in einem Verstoß gegen die Par. 81 und 84 BtRG. durch den Arbeitgeber schließlich eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung zu erblicken, da m. E. ein unmittelbares Recht des einzelnen auf Einstellung und Weiterbeschäftigung in bestimmten Betrieben als Schutzrecht im Sinne des Par. 823 Abs. 2 BtRG. noch nicht besteht.

Andererseits dürfen die beiden Paragraphen aber zur Geäußerten besagen, daß aus der Organisationsklausel nicht umgekehrt eine Pflicht zur Entlassung abgeleitet werden kann, wie es in einer von Dr. Wiensfeldt verteidigten Tarifamtsentscheidung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit dem Sage geschieht:

„Arbeiter, die sich einer Gewerkschaft gegenüber Handlungen zu schulden kommen lassen, die den Ausschluß aus der Gewerkschaft zur Folge haben, sind von der Konsumgenossenschaft zu entlassen. Das Arbeitsverhältnis in der Konsumgenossenschaft setzt voraus, daß die Arbeiter einer Gewerkschaft angehören muß, weil er nur unter dieser Voraussetzung dem Tarifamt unterstellt werden kann.“

Die Richtigkeit der Wiensfeldtschen Ansicht kann auch nicht etwa auf die Par. 81 Abs. 3 und 84 Abs. 2 Ziffer 1 gestützt werden. Es heißt dort zwar, daß Einstellungen, die auf einer tarifvertraglichen Verpflichtung beruhen, den Richtlinien in jedem Falle vorgehen, und daß das Recht des Einspruches gegen

die Kündigung nicht besteht, bei Entlassungen, die auf einer tarifvertraglichen Verpflichtung beruhen. Man könnte also rein äußerlich genommen, mit Wiensfeldt folgern, daß die in einem Tarifvertrag ausgenommene Organisationsklausel ein Einspruchsrecht gegen Einstellungen und Entlassungen aus gewerkschaftspolitischen Motiven nicht gewährt, weil ja der Arbeitgeber eben durch die Organisationsklausel zu solchem Vorgehen „verpflichtet“ wird.

In Wirklichkeit besteht aber eine solche Verpflichtung nicht, weil die Organisationsklausel eben nichtig ist. Die Nichtigkeit folgt sowohl aus den vorausgesetzten Ausführungen als auch aus dem Artikel 168 in Verbindung mit 157 der neuen Reichsverfassung. Das dort gegebene Versprechen:

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben“,

wäre illusorisch, wenn man durch die Organisationsklausel dem einzelnen die Erlangung von Arbeit unmöglich machen oder erschweren würde. Nur unter dieser ausdrücklichen Voraussetzung sind die fraglichen Bestimmungen in die Par. 81 und 84 des Betriebsrätegesetzes gemäß dem stenographischen Bericht, S. 4408, aufgenommen worden. Mit Recht weist daher Derich in seinem Kommentar zum Betriebsrätegesetz, S. 247, darauf hin, daß die tarifvertraglichen Bestimmungen sich an die sonstigen allgemeinverbindlichen Rechtsätze halten müssen, z. B. nicht gegen die guten Sitten verstoßen dürfen und daß ein besonders wichtiger Fall eines Verstoßes gegen die guten Sitten und daraus abzuleitender Rechtswidrigkeit einer Tarifvertragsbestimmung vorliegt, wenn ein Tarifvertrag die Arbeiter von Betrieben ausschließt, nur weil sie der Organisation einer anderen Weltanschauung oder politischen Richtung angehören.

Die Organisationsklausel ist daher nicht nur rechtswidrig, sie ist auch m. E. zu verwerfen. Wichtig ist allerdings, daß eine weitere Ausdehnung des Organisationsgedankens und eine mit ihr Hand gehende Gemeinschaftsarbeit in Arbeitsgemeinschaften und wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern im Zuge der Zeit liegt und nur zu begrüßen ist. Der Hauptvorteil, den man von einer solchen weiteren Entwicklung erwartet, würde jedoch illusorisch werden, wenn die Organisationsklausel noch mehr als bisher zur praktischen Anwendung gelangen und wenn sie auch im Sinne Wiensfeldts dahin ausgedehnt würde, daß der einzelne Betrieb nur Angehörige der tarifschließenden Arbeitnehmervereinigungen aufnehmen darf. Durch eine solche Praxis würde zunächst der schon jetzt übermäßig große Konkurrenzkampf zwischen den Gewerkschaften sich einfachieren. Mit allen erlaubten und verbotenen Kampfmitteln würden die sozialistischen Gewerkschaften dahin streben, durch die Hinausdrängung der Minderheitsgewerkschaften aus den Tarifverträgen und die gleichzeitige Aufnahme der einseitigen Organisationsklausel sich zunächst in den Einzelbetrieben und dann in der Gesamtwirtschaft die Meinherrschaft zu erkämpfen. Regten Endes würde dies zu einem Monopol der stärksten Gewerkschaft führen. Von einer solchen Monopolisierung kann jedoch Gutes kaum erwartet werden. Es ist vielmehr nach der Monopolisierung eine allmähliche Erstarrung des Gewerkschaftslebens zu erwarten und nach den schweren Nachteilen der durch die gegenseitige Konkurrenz herausbeschworenen Arbeitskämpfe würden schließlich alle Vorteile der guten Seiten der Gewerkschaftskonkurrenz verloren gehen.

Gewerkschaftsarbeit

Ist ein vielverzweigtes Kapitel, wenn das Interesse der Arbeiterschaft im richtigen Maße gewahrt werden soll. Zu der roten Hochburg Stuttgart, dem Sitz der Zentrale des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, ist man sehr eigentümlicher Ansicht darüber. Vor allem darf die Weltrevolution nicht Schaden nehmen; denn was sollten Lenin oder Trotzki sagen — von den knallroten Gelden der „Roten Fahne“ zu schweigen — wenn man in Stuttgart wirklich Gewerkschaftsarbeit leisten und die Lage der Arbeiterschaft bessern wollte. Das ist nach radikalen Ansichten sehr überflüssig, wenn nur die Phrase nicht leidet. Die „Schwäbische Tagwacht“, das sozialistische Hauptorgan Württembergs, leuchtet in seiner Nr. vom 23. Juli einmal hinter die Kulissen der Ortsverwaltung Stuttgart des roten Metallarbeiterverbandes. Sie schreibt:

„Wagt es da einmal in einer der letzten Fraktionsversammlungen der R. P. D. ein Kollege, zu verlangen, daß man in Betrieben, in denen günstige Konjunktur ist, daran denken müsse, Lohnforderungen zu stellen. Was bekam er von dem Vorstehenden, nebenbei jetzt seit Monaten Ausschüßungsstellen und Verhandlungsführer vor den Behörden und Unternehmern, zur Antwort? „Lass uns mit diesem Kleinfram in Ruhe, wir brauchen große Aktionen, wir haben unsere Gedanken auf Höheres zu richten auf die Weiterentwicklung der Revolution bis

zur Weltrevolution.“ Derselbe Kollege donnert in den kommunistischen Fraktionsversammlungen die Gewerkschaftsarbeit in Grund und Boden, in der praktischen Gewerkschaftsarbeit ist er jedoch von keines Gehankens Klasse angefränkt. Sobald er bei Verhandlungen mit seinem Kater zu Ende ist, läßt er zum Gaubium der Unternehmer eine eingedrückte kommunistische Tirade vom Stapel, die einen Hund heulen machen könnte. Kollegen, die haben den Schaben haben, beschweren sich bei dem Leiter der Organisation und bekommen von demselben folgende klassische Antwort: „Wir kennen diese Verhältnisse, aber wir schicken den Kollegen zu allen Verhandlungen, besto eher hat er sich abgewirtschaftet.“ Welche Achtung die Unternehmer da noch vor solchen Kollegen haben, kann man sich denken. Ein verständig sinniges Feigen empfängt jedesmal diesen „Vertreter“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Was hat die Ortsverwaltung (Stuttgart. D. Red.) des D. M. V. für die Betriebsräte getan?

Seit einem halben Jahre hat sie es nicht für nötig erachtet, trotzdem seit der Neuwahl im April dieses Jahres viele Kollegen neu hinzugekommen sind, die Betriebsräte auch nur ein einziges mal zusammenzuberufen, um sie zu unterrichten und ihnen ihr schweres Amt in den Betrieben zu erleichtern. Gäbe der Zentralrat eine Generalversammlung der Betriebsräte einberufen, als die Aufforderung dazu an ihn durch die Ortsverwaltung erging, so wäre der Deutsche Metallarbeiterverband dort nicht vertreten gewesen, da weder Generalversammlungsbelegierte für die Vollversammlung der Betriebsräte, noch Gruppenrat, geschweige die Vertreter in den Zentralrat gewählt worden sind.

So sieht die Interessenvertretung der Mitgliedschaft durch die Stuttgarter Ortsverwaltung aus.

Diesen vernichtenden Worten des sozialistischen Württembergischen Hauptorgans über rote Gewerkschaftsarbeit braucht wirklich nichts hinzugefügt zu werden. In diesen Zuständen, unter denen die Arbeiterschaft am meisten leidet, hat die Zentralleitung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes die Hauptschuld mit. Sie hat vor 2 Jahren sich selbst überboten in radikalen Schlagworten und als sie endlich begann, das Steuer etwas in das Fahrwasser des gewerkschaftlichen Denkens umzuwerfen, war es an vielen Orten schon zu spät. Unsere Kollegen erleben aus dem Fall Stuttgart wieder einmal, wohin die Verquickung von Parteipolitik und Gewerkschaftsarbeit führt.

Die Kapitulation von Görlitz

Die Sozialdemokratie hat mit ihrer Vergangenheit gebrochen und sich im neuen Görlitzer Parteiprogramm, das in diesen Tagen veröffentlicht wurde, von Marx, Engels und Bebel losgesagt. Das Erfurter Programm, unter dessen Zeichen die sozialistischen Massen begeistert voranströmten und das mit seinem starren Dogmentrieb die Herzen der roten Masse hypnotisierte, ist lang- und kluglos vom Erdboden verschwunden. Die Zeit schritt über die Dogmen des Erfurter Programms hinweg, bewies seine Sätze als falsch und seine Voraussetzungen als übertrieben.

Mit dem toten Erfurter Programm ist auch die Idee Marx zu Grabe getragen worden. Zwar wird man in den sozialistischen Führerkreisen nicht so töricht sein und sagen, daß Marx und Görlitzer Programm Gegenätze wie Tag und Nacht sind, sondern man wird ihn konservieren — wie es die Paschas mit dem Leichnam Solimans, des großen Türkenherrschers machten — und den Massen vorkaukeln, daß er sich noch der besten Gesundheit innerhalb der Sozialdemokratie erfreue.

Im neuen Görlitzer Programm versucht die Sozialdemokratie zu weichen mit dem Gedanken der Revolution und der revolutionären Entwicklung der Wirtschaft, mit dem sie doch jahrzehntelang gepredigt und den sie den gläubigen Massen gepredigt hatte. Die Entwicklung während des Krieges und besonders nach der Revolution zeigte immer mehr, daß die marxistische Theorie mit den Geschehen der Wirklichkeit nicht in Einklang zu bringen ist. Der Gedanke der Revolution wird untergetaucht in einer Flut von Worten im neuen Görlitzer Programm, denn offen darf die Sozialdemokratie ihren Anhängern das nicht sagen, und der Gedanke der Evolution, der langsamen geschichtlichen Entwicklung tritt an seine Stelle.

Man braucht nur einen besonders wichtigen Abschnitt aus dem Erfurter und aus dem neuen Görlitzer Programm einander gegenüber zu stellen, um den grundlegenden Gegensatz zu erkennen:

Erfurter Programm:
Nur die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß die stets wachsende Ertragsfähigkeit der Gesellschaftsarbeit für die bisher ausgenutzten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommenung wird.

Görlitzer Programm:
Diese unerträglichen Zustände können überwunden werden, wenn die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben — in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch Vergejüngung der kapitalistischen Produktionsmittel übergeführt und zugleich alle im Volke vorhandenen Kräfte in planmäßigem Aus- und Aufbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzo-gen werden.

Schon bei flüchtiger Durchsicht wird man finden, daß gerade der Kernpunkt der marxistischen Theorie — die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft ohne Ausnahme — im wesentlichen preisgegeben ist. Die von Marx gewollte wirtschaftliche Revolution ist durch eine Evolution ersetzt worden.

Das neue Görlitzer Programm weiß schon nichts mehr von der Expropriation der Expropriateure, der Enteignung der Enteigner, womit man durch ein halbes Jahrhundert die Massen wachhielt und auf den Zukunftstaat „vorbereitete“, sondern es redet von einer Entschädigung nach dem Grade der wirklich geleisteten Arbeit; man liest nichts mehr davon, daß alle Gewerbetreibende gleich sozialisierungsfähig sind, sondern man spricht von einer wirtschaftlichen Entwicklung als notwendiger Vorbedingung. Der

Stegerwald und die Sozialdemokratie

Die bei den Sozialdemokraten bestechende Persönlichkeit ist zur Zeit der preussische Ministerpräsident und Wohlfahrtsminister, unser Kollege Stegerwald. Die Gründe dafür liegen nicht auf gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet. Trotzdem aber werden von sozialdemokratischer Seite lebhaftest Anstrengungen gemacht, die Persönlichkeit Stegerwalds gerade bei den christlichen Gewerkschaftlern in Mißkredit zu bringen. Ein Musterbeispiel dafür, wie's gemacht wird, ist eine Presse-notiz, die Stegerwald beschuldigt, für die Not der Erwerbslosen kein Verständnis zu besitzen. Die Notiz besagt u. a. folgendes (wir zitieren nach dem Würzburger sozialdemokratischen „Frankischen Volksfreund“, Nr. 156, vom 11. Juli 1921):

„Anfangs Juni hat der Reichsfinanzminister dahin entschieden, daß die Gewährung der Reichsbeiträge zur Erwerbslosenunterstützung für den Fall unzulässig sei, daß die betreffende Gemeinde diese Unterstützung auch für den Fall eines Streiks gewährt. Wie nun aber, wenn nach einem Streik eine Reihe von Leuten nicht wieder eingestellt werden und monatelang arbeitslos sind? Für diesen Fall hätte das Reich die Pflicht, ebenso wie für alle Erwerbslosen zu sorgen. Nun aber hat der preussische Wohlfahrtsminister, ein gewisser Stegerwald aus der Umgegend von Würzburg, mit dessen voller Übereinstimmung die erwähnte Entscheidung des Reichsfinanzministers getroffen wurde, nach Mitteilung einer bürgerlichen Korrespondenz, zur Behebung von Zweifeln erneut darauf aufmerksam gemacht, daß nicht nur den Arbeitnehmern, die in einem Betriebe beschäftigt waren, der infolge Ausstandes über Ausperrung in diesem Betriebe ganz oder teilweise stillgelegt worden ist, keine Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden darf, sondern auch den Personen nicht, die infolge eines in einem anderen Betriebe ausgebrochenen Streiks oder einer über den anderen Betrieb verlängerten Ausperrung nach dem Streik gezwungen sind, sofort nur dieser Betrieb oder diese Ausperrung oder die Erwerbslosigkeit überwiegend veranlaßt hat.“ Diese Auslegung des Wohlfahrtsministers ist unhaltbar. Herr Stegerwald ist nicht nur preussischer Wohlfahrtsminister, sondern auch christlicher Gewerkschaftsführer. Vielleicht machen ihn seine Gewerkschaften schweigen nicht darauf aufmerksam, daß die reaktionäre Politik des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald keineswegs auf die demselben Herrn Stegerwald anvertraute Volkswohlfahrt übergreifen darf.“

Bekanntlich haben auch Minister die Befehle zu respektieren und sind sie nicht berechtigt, nach ihrem Belieben Änderungen zu treffen. Die Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung ist nun aber Reichsgesetz, geschaffen in einer Zeit, als die Sozialdemokratie in der Reichsregierung von ausschlaggebender Bedeutung war. Und die, von den Sozialdemokraten mitgeschaffene Verordnung sieht vor, daß die Erwerbslosenunterstützung nur unter bestimmten Voraussetzungen gezahlt werden darf. Auf keinen Fall sind Streiks und Ausperrungen nach der Verordnung als Voraussetzung für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung anzusehen. An diesen Bestimmungen kann der preussische Ministerpräsident Stegerwald gar nichts ändern. Er hat sich leider an die gegebenen Vorschriften zu halten, die damals die Sozialdemokratie in bekannter Arbeiterfreundlichkeit machte.

Da Stegerwald auch Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ist, erscheint es als Notwendigkeit, über den Kampf, der zur Zeit gegen ihn geführt wird, einiges zu sagen, da sonst vielleicht der Eindruck erweckt werden könnte, als habe man selbst in den Kreisen der christlichen Gewerkschaftler das Gefühl, aus dem Arbeiterführer Stegerwald sei ein Reaktionsär erster Güte geworden, der darob selbst von seinen Freunden im Stiche gelassen werde.

Vor einem halben Jahr noch war Stegerwald auch bei den Sozialisten ein angesehener Mann.

Zur Charakteristik des sozialdemokratischen Verhaltens von früher und heute seien einige Tatsachen erwähnt, die verdienen, festgehalten zu werden. Als im Juli 1917 das Kriegsernährungsamt umgebildet wurde, schrieb das Hauptorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften, das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ (in seiner Nr. 35 vom 1. September 1917), folgenden Satz:

„Zeichnendste für die Lage ist es wohl, daß das französische Stahlkontor seinen Mitgliedern Halbzeugverkäufe freigegeben hat, weil es gar zu schwer war, die einlaufenden Aufträge zu verteilen. Ihre eigene Kundenschaft dürfen nämlich die Mitglieder des Stahlkontors unmittelbar beliefern, ebenso wie ihre Zweigstellen. Und es scheint, als ob die alsdann übrig gebliebenen Aufträge an Zahl so gering gewesen wären, daß es sich nicht mehr lohnte, sie noch unterzuberteilen. Uebrigens fördern die französischen Stahlzeuger bereits dringend die Einführung von Ausnahmearzifen auf der Bahn und andere Bevorzugungen, also genau das, was sie Deutschland als „Dumping“ zum Vorwurf gemacht haben.“

Auch die Entwicklung der Verhältnisse in Italien ist für die Lage des Welt-Eisenmarktes höchst kennzeichnend. Denn der Zusammenbruch des Liba-Krieges, deren Sanierung noch keineswegs sicher erscheint, ist kaum auf anderes zurückzuführen, als auf die ungewöhnlich rasche Verschlechterung des Weltmarktes. Gäße sich diese etwas langsamer vollzogen, so hätte die Liba vielleicht doch noch Zeit gefunden, sich auf die Aenderung der Marktlage einzustellen, und es wäre wohl vermieden worden, in der kurzen Nachkriegszeit beinahe das ganze Aktienkapital von 300 Millionen Lire zu verlieren. Daß auch Italien über das deutsche Dumping klagt, ist selbstverständlich, ebenso selbstverständlich im übrigen, daß es sich dabei keineswegs nur um deutsche Unterbietungen handelt.

Der jüngst einmal erwähnte Antrag der Alpinen Notangelegenheit, die österreichischen Eisenzölle zu erhöhen, ist abgelehnt worden.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben sich den Preisherabsetzungen, die der Stahltrust im April vornahm, weitere der unabhängigen Werke angegeschlossen, und Mitte Juni schätzte man die Beschäftigung der Werke des Stahltrustes auf etwa 30 Prozent. Man nahm damals in Fachkreisen an, daß der Tiefpunkt erreicht sei, indem sich

„Ermüßigt wäre es auch vom Standpunkte der Vertretung der Arbeiterinteressen, daß Herr M. Stegerwald dem Amte erhalten bleibt, da seine gründliche Kenntnis der Arbeiterverhältnisse, seine unermüdbare Arbeitskraft und seine Festigkeit als Arbeitervertreter ihn fast unentbehrlich gemacht haben.“

Als nach der Revolution in Weimar die erste Reichsregierung gebildet wurde, waren es sozialdemokratische Führer, die Stegerwald als Reichsminister vorschlugen. Stegerwald lehnte damals ab. Als im März 1919, nach der Revolution, die erste preussische Regierung gebildet wurde, waren es wieder Sozialdemokraten, die Stegerwald zuerst zum Leiter des neugubildenden Wohlfahrtsministeriums in Vorschlag gebracht haben. Nach dem Rapp-Portsch schiffte die Mehrheitssozialdemokratie ihre eigenen Minister Girsch, Heine und Südekum aus. Neben dem Sozialdemokraten Braun war damals Stegerwald der einzige preussische Minister, der aus den Kreisen der Mehrheitssozialdemokratie keine Invektive erfuhr. Als Stegerwald Ende 1919 die preussische Höchstmietersverordnung erließ und dieserhalb ein Mieters Sturm aus Hausbesitzerkreisen gegen ihn richtete, Stegerwald aber trotzdem festblieb, kamen zahlreiche Vertreter aller sozialdemokratischen Schattierungen zu ihm und erklärten, daß sie zu ihm größeres Vertrauen hätten als zu allen sozialdemokratischen Ministern zusammengenommen.

Stegerwald hielt festhin den Sozialdemokraten im preuss. Landtag vor, wie er sich im April ernsthaft bemüht habe, die Mehrheitssozialdemokratie zur preussischen Regierung heranzuziehen, er, siehe heute noch, seitdem die Mehrheitssozialdemokratie wieder der Reichsregierung angehört, verstärkt auf dem Standpunkt, daß die Einbeziehung der Mehrheitssozialdemokratie in die preussische Regierung eine politische Notwendigkeit sei. Was er lediglich ablehne, sei, daß er nach den Erfahrungen vom März und April d. J. zurücktrete, bevor feststehe, was nachher werden solle. Eine Umbildung der preussischen Regierung sei nicht Sache des jetzigen, sondern des künftigen Ministerpräsidenten. Sobald diese Person und eine parlamentarische Mehrheit für ihn feststehe, wären alle Hindernisse für die Umbildung der preussischen Regierung beseitigt.

Der stete Hinweis der sozialdemokratischen Presse, daß das Kabinett Stegerwald eine Rechtsregierung sei, weil die Rechtsparteien es unterstützten, besagt gar nichts. Die Rechtsparteien betrachten Stegerwald im Vergleich zur Führung des preussischen Staates durch einen Sozialdemokraten lediglich als das kleinere Übel. Der scharfen Opposition der Mehrheitssozialdemokratie gegen Stegerwald fehlt daher jeder ausreichende sachliche Boden. Die Mehrheitssozialdemokratie ist verärgert, weil Stegerwald nach wochenlangen ergebnislosen Bemühungen ein Ministerium ohne Sozialdemokratie gebildet hat und damit bewies, daß man sich auch in Preußen nicht unter allen Umständen einem sozialdemokratischen Diktat zu beugen hat. Wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion Politik gemacht, anstatt bloße Agitation betrieben hätte, würde sich diese Spannung zwischen ihr und Stegerwald nicht haben herausbilden können.

Die christlichen Gewerkschaften haben bei der gegenwärtigen Sachlage nicht die geringste Veranlassung, sich von der Sozialdemokratie in einen Gegenatz zu ihrem Führer manövrieren zu lassen. Wenn ihnen an der Politik Stegerwalds etwas nicht passen sollte, sind sie selbst Manns genug, ihre Meinung zu sagen. Sie sind keinesfalls bereit, eine „reaktionäre“ Politik, die diesen Namen wirklich verdient, mitzumachen. Bislang ist aber ein Beweis dafür, daß Stegerwald eine solche Politik praktiziert, absolut nicht erbracht worden. Von sozialistischer Seite aber geht man jetzt gegen Stegerwald vor, weil man dringend Agitationsstoff notwendig hat, um den Parteikarren nicht einrostigen zu lassen. Die christlichen Gewerkschaftler wissen, was sie an Stegerwald haben und lassen sich in ihrer Meinung am allerwenigsten durch eine rote Agitation unter Leitung des famosen Strategen Heilmann beeinflussen.

Jedoch bereits Ende Juni darüber klar zu sein, daß die Aussichten mindestens für den laufenden Sommer recht schlecht seien; eine Anzahl größerer Fabriken ging damals sogar mit der Absicht um, bis September zu schließen. Die durchschnittliche Leistung war auf etwa 25 Prozent gesunken, und der Iron Age (der amerikanischen Maßstab) z. B. faßte sich dahin zusammen, daß Anzeichen dafür beständen, die Löhne wie die Preise würden sich in den nächsten Monaten weiter abwärts bewegen. Im Juli ist, im Zusammenhang mit größeren Käufen der Eisenbahnen eine Besserung in der Stimmung eingetreten, die allerdings nicht sehr weitgehend gewesen sein kann, da gleichzeitig die Preise weiter nachgaben und aus Anlaß von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Werken und Arbeitern eine ganze Anzahl von Werken zunächst schließen. Auch der Auftragsbestand des Stahltrustes hat sich während der letzten Monate dauernd weiter verringert.

Die deutsche Eisenindustrie leidet vor allen Dingen, soweit sie im Westen gelegen ist, unter den Folgen der Besetzung und überhaupt unter den Sanktionen mit samt der Zolllinie. In Nr. 31 veröffentlichten wir eine Aufstellung der Werke Rheinlands und Westfalens, die infolge der Sanktionen schlechten Geschäftsgang haben und zu Kurzarbeit greifen mußten. Der zweifelhafteste Ausgang in Ober-schlesien hängt wie ein Damoklesschwert über der ganzen deutschen Wirtschaft.

Bezeichnend für die Eisenindustrie des Weltmarktes ist es, daß sie trotz der schweren Verhältnisse gut verdient. Vor allem gilt das von der amerikanischen und englischen Eisenindustrie. Auch die deutsche Eisenindustrie hat im letzten Geschäftsjahr gute Gewinne erzielen können, so daß man es bei ihr um so weniger verstehen kann, daß sie so scharf den Abbau der Löhne fordert, gegen den sich die Metallarbeiterchaft mit Recht wendet, zumal die Preise in der Eisen- und Metallindustrie schon wieder anziehen.

Glaube, daß mit einem Male eine Umstellung der Gesamtwirtschaft erfolgen könne, wie es die sozialistischen Massen sich träumten, wird in die Erde gestellt und statt dessen wird erst eine ausgebreitete gewerkschaftliche und genossenschaftliche Schulung als erste Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles angesehen.

Damit ist der Zukunftsstaat endgültig erledigt und nur die Kommunisten jagen noch dahinterher wie Kinder hinter Schmetterlingen, die sie niemals erfassen.

Vergebens sucht man im neuen Gölitzer Programm einen Funken der Glut, die im Erfurter Programm, welches wenigstens eine Weltanschauung umschloß, zu finden war. Das Gölitzer Programm der Sozialdemokratie ist kaum etwas anderes, als eine Zusammenstellung von Ideen, die von den bürgerlichen Volkswirtschaftlern schon längst dargelegt worden sind.

Die Kapitulation von Gölitz ist der Urteilspruch über sozialistische Theorie und sozialistisches praktisches Nichtkönnen. Wie die roten Massen das neue Programm empfinden, soweit sie sich überhaupt damit befassen, das spricht der Sozialist Hermann Wendel im „Sinn“ aus, der unhöflich genug ist, das neue Programm ein „Stichwörterverzeichnis für den Papierkorb“ zu nennen, und schreibt:

„Dah ein Programm, das scharfe Begriffsbestimmung verlangt, nach Möglichkeit das Wort Arbeiterklasse verwendet und sich statt dessen gern mit „arbeitendem Volk“, „weckfähigem Volk“, „weckfähiger Bevölkerung“ behilft und sich über den Klassenkampf überhaupt ausschweigt, das weckt auf jeden Fall den recht peinlichen Eindruck, als schene neuerliche staatsmännische Weisheit die alten Lösungen aus der Zeit, da die Sozialdemokratie sich noch als revolutionäre Profetarierpartei fühlte und man kann es Georg Bernbard wahrhaftig nicht verdenken, wenn er aus diesem Dokument den trotz allem hoffentlich falschen Schluß zieht, die Sozialdemokratie ist zu einer reformistischen Kleinbürgerpartei geworden!“

Die Geschichte und die Macht der Verhältnisse, auf welche die Sozialdemokratie so sehr baut, hat die Theorie des Erfurter Programms über den Haufen gerannt. Vor den Trümmern stehen die roten Massen, die mit ihrer Glaubenskraft daran hängen. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Irreführten und Falschorganisierten auf den rechten Weg zu bringen.

Die Welteisenmärkte

Wenn man sich über die Lage der Welt-Eisenmärkte in den letzten Monaten einen Ueberblick verschaffen will, so muß man noch immer zunächst nach der Entwicklung der Verhältnisse in England sehen, wo unter dem Einfluß des Bergarbeiterausstandes die Eisenerzeugung mehr und mehr zum Erliegen kam und schließlich beinahe völlig erlosch. Gegen Ende Juni begannen noch vor der eigentlichen Beendigung des Kohlenarbeiterausstandes einzelne Werke den Betrieb wieder aufzunehmen, und gleichzeitig damit wurde auch die Stimmung wesentlich besser. Die vor einigen Monaten geäußerte Ansicht, daß die innere Lage der Welt-Eisenmärkte durch den englischen Ausstand und seine Folgen verschleiert werde, wird innerhalb kurzer Zeit nunmehr ihre Feuerprobe bestehen müssen. Daß zunächst in England ein leichtes Anziehen einzelner Preise erfolgte, und daß die erwartete Gerabekung der Kohlenpreise die Stimmung belebte, war selbstverständlich. Das, worauf es ankommt, schreibt mit Recht die „Waldische Presse“ vom 26. 7., ist die Antwort auf die Frage, wie die neu auflebende englische Erzeugung den Weltmarkt beeinflussen wird, den der fehlende englische Wettbewerb, in Europa wenigstens, ziemlich völlig in die Hand der Gruppe Belgien-Luxemburg-Frankreich gegeben hatte. Bemerkenswert ist es, daß in England trotz fast völliger Stilllegung der Werke die Güntenbesitzer ihre Forderungen Mitte Juni um 1 bis 20 Prozent heruntersetzen mußten, ohne im übrigen damit auf den Stand zu kommen, den gleichzeitig die belgischen Forderungen einnahmen. Das Geschäft ging natürlich in jener Zeit, soweit es sich um baldige Lieferung handelte, nach dem Ausland, da aber auch Weiterverarbeiter unter dem Kohlenmangel litten, so handelte es sich um große Mengen. Im übrigen lagen bei Schluß des Streikes auf den Günten im Bezirke von Cleveland noch ziemlich erhebliche, aber fast durchweg verkaufte Eisenmengen, so daß gerade die Hoheisenpreise bei Streikbeendigung mit einer Erhöhung antworteten, während die Märkte der halb- und weiterverarbeiteten Waren trotz der erwähnten Preisherabsetzung still blieben und sich auch seit der Wiederaufnahme der Arbeit in den Kohlen-gruben nicht wesentlich belebt haben.

In Belgien scheint sich die Lage des Eisen-Großgewerbes nach einer vorübergehenden Besserung wieder stärker verschlechtert zu haben. In der zweiten Hälfte des Mai waren die Preisrückgänge zum Stehen gekommen, und die Belegung des Geschäftsganges machte sich in einer Verlängerung der Lieferfristen bemerkbar. Aber das hat nicht lange angehalten. Schon wenige Wochen später war die Nachfrage wesentlich geringer geworden, zum Teil wohl im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der Versuche in England, Saluta-Ausgleichszölle einzuführen. In der ersten Hälfte des Juni häuften sich die Stilllegungen, und gegen Ende Juni sollen von 54 Hochofen nur noch 12, Mitte Juli gar nur noch 8 im Betrieb gewesen sein, die zum Teil überdies eingeschränkt arbeiteten.

Ähnlich sieht es in Frankreich aus, wo seit Monaten mehr Hochofen gedämpft als angeblasen werden, und wo am 1. Juni von rund 215 vorhandenen 75 in zum Teil recht eingeschränktem Betriebe waren. Die Preisherabsetzungen haben sich dort in den letzten Monaten allmählich weiter fortgesetzt und erstreckten sich auf alle Erzeugnisse, ließen aber auch den Rohstoff nicht frei. Die letzten Meldungen sprachen von einem Preis von 17 Francs für erstklassige Minette, gelegentlich soll allerdings auch mehr bezahlt worden sein. Die schlechteren Sorten blieben häufig unberührt, und daran wird sich, solange nicht wieder Deutschland stärker eingreift, auch kaum wohl etwas ändern. Das Be-

Streiflichter

Wer? Von wem? Woher?

Die Peitschenhiebe ob des Falles Wehlar, welche die sozialistische Bewegung mit Recht erhielt, hat diese noch nicht verwunden. Sie sucht mit erbärmlichen Verleumdungen den Sumpf im eigenen Lager zuzudecken. Jetzt faßelt sie von Unterstüßungen, die die christliche Gewerkschaftsbewegung auch wie sie erhalten haben soll. Es werden Summen von 100 000 Mark bezehnet und als Kronzeuge wird der Obergeselle Geißler angegeben, auf den sich die Sozialisten als Geistesnachbarn ja auch am ersten berufen können, getreu dem Grundsatze Gleich und gleich gesellt sich gern. Ihre Angaben dokumentieren sich von vornherein als Verleumdungen und Ehrabschneiden, weil sie absonst Mann und Pferd nicht nennen können.

Wenn in der Betrieben irgendwer von den Genossen mit dieser Verleumdung hauiert geht, so fragt ihn: Wer erhielt das Geld?

Von welchem Unternehmer? In welchem Zweck?

Auf keine dieser drei Fragen wird der rote Verleumder auch nur eine Antwort wissen, weil alles erkundet und erkunden ist. Und dann laßt er zu und nagelt die Verleumdung fest!

Der 14. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine

Land unter reger Beteiligung am 24. und 25. Juli in Köln statt. Der Reichsverband, der in engerer Fühlung mit den christlichen Gewerkschaften steht, hat sich alsbald entwickelt, verfügt über starke Mitgliederzahlen und gute Massen. Der Reichsverband zählte 1920 240 Vereine mit 494 101 Mitgliedern und einem Umsatz im eigenen Geschäft von circa 414 Millionen, im Fernhandelsverkehr von circa 9 Millionen, und einem Umsatz der Produktionsgenossenschaften von über 38 Millionen. Dazu kommt der Umsatz der Groß-Einkaufs-Kontrole mit circa 106 Millionen und der Verleumdung der Verleumdung und Versicherungs-Gesellschaft mit über 1 Million, so daß der Gesamtumsatz über 529 1/2 Millionen beträgt. Rest ist er wohl schon auf 600 Millionen gewachsen. Sein Bestreben, Förderung der Produktivität der Wirtschaft, sowie die Verbesserung und Verbesserung des Produktes ist bei ihm nicht nur Theorie, sondern er setzt sie in einzelnen Betrieben in die Wirklichkeit um. Die Meister sowie die Gesamtplanung standen auf bemerkenswerter Höhe. Mehrere Kollegen, sollten sie noch nicht Mitglieder sein, ist bringend die Mitgliedschaft zu empfehlen.

Daher der Name Kommunisten!

Munderbar sind die Wege der Kommunisten. Neben einigen abstrakten Schlußfolgerungen in vielen Unterstellungen eine ganz bedeutende Rolle. Die Herren vom roten Orden aber haben es im allgemeinen nicht so sehr auf die Kapitalistenklasse abgesehen — der Grund dürfte einleuchtend sein — als vielmehr auf die Großen, die sich die Arbeiterkraft für ihre Zwecke zuwenden. Die Berliner Arbeiterkraft hatte sich eine Unterstützungsfalle eingerichtet, von der die beiden kommunistischen Führer Eckert und Frauen laut „Vorwärts“ 345 000 Mark nahmen und damit verschwanden — heißt nach Herinasdorf oder Zoppot, vielleicht auch nach Moskau, um sich dort ein Diplom für treue Dienste ausstellen zu lassen. Das ist nicht der einzige Fall.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Saarbrücken berichtet (Nr. 149), daß der Gewerkschaftssekretär Jakob Becker mit 40 000 Mark Verbindungsgebern, der Kommunist Kleinbauer mit 60 000 M., der Gewerkschaftssekretär Freitag mit 27 000 M. durchgebrannt seien (alle drei vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband Saarbrücken).

Die Arbeiterkraft hat es bitter zu blicken, wenn sie sich unter die Fittiche der Radikalen beibt. Da wird sie gehörig ausgenutzt und genepelt. Es ist ein Jammer, daß ein solches Führergesindel, das radikale Phrasen drischt und dann die Arbeiterkraft betrügt, noch so viel Anklang in der links orientierten Arbeiterkraft findet.

Sozialistische Kulturfrüchte

zeigen sich vornehmlich bei der beliebten roten Waffe, dem Terror. Am 14. Juli, vormittags 9 Uhr, verlor die Arbeiterkraft von der Direktion des Wasser- und Schweißwerkes, Worms, daß sie zwei christlich organisierten Arbeiter entlassen sollte, wofür die Arbeiterkraft die Arbeit niederlegen werde. Die Direktion lehnte dieses Ansuchen ab und erklärte, daß alle, die bis mittags 1 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, fristlos entlassen seien. Die Arbeit wurde nicht aufgenommen, und so streikten seit 14. Juli etwa 130 Arbeiter, um zwei christliche Arbeiter auszuheuern.

Unser Kollegen haben in Worms ein wahres Martyrium für ihre christliche Ueberzeugung durchgemacht, aber sie haben sie nicht verteidigt. Die Handlungsweise der Genossen wollen wir nur niedriger hängen. Für einen anständigen Menschen bedarf sie keines Kommentars.

Freiheit, die Mostau meint.

Auf dem Holzwege befinden sich diejenigen, welche glauben, daß bei den Einkassierten eine Freiheit des Wortes und des Schreibens bestehe, wovon sie so gern fabeln. Die vorläufige Zensurperiode des alten Preußen von 1848 ist Gold dagegen. Der Kommunist Leni — und der muß es ja wissen — veröffentlicht eine Liste solcher Gestalten. Es heißt in der Zeitschrift „Unser Weg“.

Die Genossen Richard Müller, Heinrich Mahahn und Bernhard Dümell haben der Parteipresse polemische Artikel zur Parteidiskussion eingereicht. Diese Artikel wurden zurückgewiesen.

Bei Beginn der Parteidiskussion nahm der Redakteur der „Südwestdeutschen Arbeiterzeitung“ in Frankfurt Stellung gegen die Zentrale. Er wurde aus der Redaktion entfernt, um in der Presse keine Opposition auszuüben zu lassen.

Die „Sozialistische Republik“, unser Parteiorgan in Köln, erhob Einspruch gegen die Maßnahmen der Zentrale. Die Folge war eine Säuberung der Redaktion, die mit zuverlässigen Zentralkomitee befehligt wurde.

Der Genosse Schöffler, Redakteur der „Bergischen Volksstimme“, des Parteiorgans in Remscheid, polemisierte gegen den berühmten „Donamit“-Artikel der „Koten Fahne“. Die Zentrale verfügte daraufhin seine Entlassung.

So was nennt auch der Teufel Freiheit!

Aus der Wirtschaft

Industrieberichte.

Thyssen und Co., Mülheim, Maschinenfabrik: Betriebseinnahme 55,5 Millionen Mark; Abschreibungen 3,6 Millionen; Entwertungsfonds 20 Millionen; Reingewinn 11,1 Millionen.

Glück-Werke A.-G. in Erlisborf steigert ihr Aktienkapital von 9 auf 30 Millionen Mark.

Die Bombacher Hüttenwerke haben sich das Westfalen-Länderwerk Bochum und die Konfordschütte in Engers angegliedert. Die Maschinen- und Kranbau-A.-G. Düsseldorf, erhöhte das Aktienkapital von 8 auf 20 Millionen und verteilte 12 Prozent Dividende.

Maschinenfabrik Dingler, Zweibrücken, erzielte einen Reingewinn von 2,5 Millionen Mark gegen 900 000 Mark im Vorjahre und verteilte auf die Stammaktien 12 Prozent Dividende gegen 10 im Vorjahre.

Waggonfabrik Rathgeber, München, Reingewinn 4,5 Millionen Mark (1,7 im Vorjahre) verteilt 21 Prozent Dividende (14 Proz. im Vorjahre).

Schädigung der rheinischen Industrie durch die Zolllinie.

Welcher Schädigung die rheinische Industrie durch die Zolllinie und die Interalliierte Kontrolle der Ein- und Ausfuhr ausgesetzt ist, beweist folgendes Schreiben eines Kölner Werks für Metallverarbeitung:

„Wir produzieren als Abfall von unserer Fabrikation im Laufe eines Jahres eine Anzahl Waggonwagen gebündelten Blechschrot, und diesen veräußern wir an den Schrotthandel zu Tagespreisen. Gegen Mitte des vorigen Monats haben wir eine Waggonladung verkauft, und wir sind von ihr angewiesen, diese Ladung nach Remscheid zu schicken. Am 15. Juni haben wir einen Antrag auf Ausfuhrbewilligung gestellt; am 20. Juli erhielten wir ein Schreiben vom 18. Juli des Reichskommissars in Gms, mit welchem uns der Antrag wieder zurückgeschickt wird mit dem Anheimgaben, ein betreffendes Kompensationsgeschäft nachzuweisen. Es bedarf also einer Zeit von nicht ganz fünf Wochen, um uns diese Mittelsumme zu machen. Daß es unter den Umständen gänzlich ausgeschlossen ist, Geschäfte in korrekter Weise auszuführen, brauchen wir nicht näher darzulegen.“

Auch die unmittelbaren Verkehrsbehinderungen nehmen überhand. Die neuerdings wieder eingeführte Personenzollkontrolle bringt den Nahverkehr der rheinischen Eisenbahnen abermals in Unordnung. Der Güterverkehr aber ist schon seit längerer Zeit völlig gehemmt. Die Rheinische Zeitung hört von einer amtlichen Stelle, daß der Stückgutverkehr vom unbesetzten nach dem besetzten Gebiet schon seit Mitte Mai abhört ist, weil die Zollämter überlastet sind!

Schlechter Geschäftsgang in der chemischen Industrie.

In Mittelsdeutschland wird laut „Vorwärts“, bei 30 % sinkender Produktionsleistung der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie verkürzt gearbeitet, 28 % haben bereits Entlassungen vorgenommen und 10 % werden nach weitere Entlassungen vorzunehmen müssen; 5 % der Betriebe ruhen vollständig. Die Aufträge sind im Vergleich zum Dezember 1920 um durchschnittlich 38 % zurückgegangen.

Die Diskontogesellschaft.

eine der Deutschen Bank, Dresdener Bank und Darmstädter Bank eine der hervorragendsten deutschen Hochfinanzkongerne, legte eine 16 % ige Dividende fest. Das Grundkapital wurde erhöht um 90 Millionen auf 400 Millionen Mark.

Stinnes in Böhmen?

Nachdem Stinnes die österreichische alpine Montanindustrie aufkaufte und so der Grund legte zu einer österreichischen Herrschaft, war von Österreich in Böhmen kein weiter Weg. Den Maßnahmen der „Cesko Slawa“ zufolge, soll Stinnes auch an Wittkowitz Eisenwerken beteiligt sein.

Der Zusammenbruch ist da.

Die bedeutendste Maschinenfabrik Russkys, die Rutilowwerke in Petersburg sind, nach der „Ekon. Sghu“, nunmehr endgültig geschlossen. Die Produktion war auf das Mindestmaß gesunken und das Werk beantragte jährlich Milliardenzuschüsse. Die Metallarbeiter haben dem Terror der Kommunisten dort die passende Resistenz entgegengesetzt, was häufig genug Erschießungen zur Folge hatte.

Gewerkschaftliches

Lohnabbau.

Wie rasch der Lohnabbau in England vor sich geht, zeigt eine Uebersicht in der Mainumer des amtlichen Organs des Arbeitsministeriums. Danach erlitten im Monat April 1 147 000 Arbeiter Lohnherabsetzungen, deren Gesamtbeitrag 270 000 Pfund Sterling je Woche ausmachte. Lohnherabsetzungen erfolgten in dieser Zeit nur für etwa 18 000 Arbeiter, und zwar im Gesamtbetrag von 2700 Pfund.

Auf Grund der Gleitkala für die Verkaufspreise von Eisen- und Stahl sind die Löhne der Hüttenarbeiter an der Nordostküste Englands für das laufende Vierteljahr um 7 1/2 % heruntergelegt worden; im zweiten Vierteljahr waren die Löhne um 26 % ermäßigt worden, was bis jetzt zusammen 97 1/2 % ergibt.

Das deutsche Unternehmertum möchte den sofortigen Lohnabbau auch gern in Deutschland beginnen mit dem Hinweis auf England. Das ist vollkommen falsch. Denn erstens stand der Lohn der englischen Arbeiter nicht nur in der absoluten Höhe, sondern auch relativ viel höher, als der des deutschen Arbeiters, und zweitens haben die Lebensmittelpreise im Verhältnis in England gar nicht die Steigerung erfahren, als in Deutschland. Von einem Lohnabbau kann keine Rede sein, solange nicht ein gründlicher Preisabbau vorangegangen ist.

Das amerikanische Antitrustgesetz.

Der bekannte Poindergie Anti-Striktgesetzentwurf, den der amerikanische Kongress in seiner letzten Session abgelehnt hatte, ist diesem erneut vorgelegt worden. Er sieht insbesondere vor, daß jeder, der absichtlich den Transport von notwendigen Bedarfsartikeln von einem Staate zum anderen oder ihre Ausfuhr verhindert oder versucht, ganz gleich, in welcher Weise, die Angehörigen eines Transportunternehmens, das den Handelsverkehr zwischen den einzelnen Staaten vermittelt, zum Verlassen der Arbeit zu bewegen, eine Strafe bis zu 50 000 Dollar oder Gefängnis bis zu zehn Jahren oder auch beides erhalten soll. Auch für die Beschädigung von Material, das solchem Handelsverkehr dient, sind entsprechende Strafen vorgesehen. Es handelt sich bei diesem Vorschlage in der Hauptsache um einen Versuch, die Organisation der Eisenbahner zu treffen, die deshalb eine energische Gegenwehr organisiert.

Kleine Notizen

Das Ergebnis der Wahlen zum sozialistischen Metallarbeiterverbandstag liegt in großen Zügen fest. Es wurden Vertreter gewählt der Antlerbacher Richtung (M. S. und U. S. B.) 493 der Mostauer Richtung 78. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahlen dem Stärkenverhältnis nicht ganz entsprechen, weil es keine Proportionalwahl war. Immerhin zeigt das Resultat, daß die Mostawiten doch noch über eine beträchtliche Mitgliederzahl im wten Metallarbeiterverband verfügen.

Der Hausabund verlangt in einem Rundschreiben, daß das Steuerprogramm der Regierung nur in dem Umfange unterstützt werde, als mit den Interessen von Handel, Gewerbe und Industrie vereinigt ist. Das heißt mit andern Worten ausgedrückt: wie können Steuern bequem auf die Schultern der breiten Massen abgemälert werden, wie es noch im Vorjahre im größten Umfange der Fall war. Die Arbeiterkraft hat darauf zu drängen, daß dieser Ruf des Hausabundes ein frommer Wunsch bleibt. Grundlag muß sein: Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland geht erfreulicherweise zurück. Die Gesamtzahl der Vollerwerbslosen ist von 358 000 im Juni auf 316 000 am 1. Juli gesunken.

Bekanntmachung

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 14. August der 34. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 14.—20. August.

Verbandsgebiet

Frankfurt—Hanau. Zur Beratung organisatorischer und wirtschaftlicher Probleme hatten sich die Sektionsleiter und Vertrauensleute des christlichen Metallarbeiterverbandes Frankfurt a. M.—Hanau am Sonntag, 10. Juli, in Frankfurt a. M. versammelt. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle Frankfurt, Kollege Kunz, eröffnete die Konferenz unter Bekannigung der Tagesordnung und wünschte der Tagung einen guten Erfolg.

Zu Punkt 1: Bericht über die Lage unserer Verwaltungsstelle, führte der Geschäftsführer, Kollege Neudeck, folgendes aus: Die außerpolitischen Vorgänge der letzten Monate wirkten naturgemäß auf das deutsche Wirtschaftsleben hemmend. Abschließungen traten ganz besonders in der hiesigen Metallindustrie auf, so daß Feiertagsarbeiten und Arbeiterentlassungen in größerem Umfange zu verzeichnen waren. Auch das Gewerkschaftsleben wurde von diesen Veränderungen beeinflusst. Den überstürzten Lohnbewegungen der letzten Jahre folgte eine ruhigere Zeit. Letztere Tatsache hatte leider zur Folge, daß auch das Interesse am Gewerkschaftsleben sich verminderte. Die Schulungsarbeit unserer Mitglieder muß jetzt intensiver in Angriff genommen werden. Neben dem Lohn muß auch das Kapitel christlicher Sozialismus in Betracht kommen. Wir müssen diese Frage leidenschaftlich behandeln. In der Hauptsache kommt es darauf an, daß die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften bei der Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens zur Anwendung kommen. Unsere neue Tageszeitung „Der Deutsche“ hat sich zur Aufgabe gemacht, den Volksgemeinschaftsgedanken zu pflegen. Der Terrorismus in unserem Gebiete tritt in den letzten Wochen wieder in stärkerer Maße in Erscheinung. Der Vorstand empfiehlt eine entsprechende Resolution anzunehmen.

Zu Punkt 2: Unsere nächsten Aufgaben, übernehmend, forderte der Redner auf, die in Punkt 1 besprochenen Mängel in unserer Organisation zu beheben. Die Betriebsorganisationen müssen weiter ausgebaut werden. Jeder Funktionär muß auf seinem Posten sein. In jeder Sektion und Zelle muß demnächst eine intensive Hausorganisation veranfaßt werden. Die einzelnen Sektionen müssen mehr aus eigener Initiative Versammlungen und Veranstaltungen abhalten.

In der sehr lebhaften Diskussion wurde von Kollege Bummel betont, daß die Veröffentlichungen von Terrorfällen sich als gutes Abwehrmittel bewährt haben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Das Rätemeien in der deutschen Wirtschaft, sprach alsdann Herr Feyer vom D. S. B. Die Umwälzungen der letzten Jahre haben unserer Wirtschaft ein verändertes Bild gegeben. Von dieser Umwälzung wurde der Arbeitnehmer am meisten in Mitleidenschaft gezogen. Der Arbeiter wurde lediglich als Arbeitsmaschine betrachtet. Wohl standen wir auf dem Gebiete der Sozialpolitik an erster Stelle, aber die seelische Entfremdung des Arbeitnehmers mit der Produktion wurde immer größer. Einen Ausweg aus dem Abhängigkeitszustand sieht Redner in der weiteren Ausgestaltung des Rätemeien in der deutschen Wirtschaft. Damit wird dem Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt, das ihn wieder als denkenden und führenden Menschen zur Geltung bringt. Grundlag muß aber sein, die Arbeit getragen zu wissen von christlichem, nationalem, demokratischem und sozialem Geiste.

Diese Ausführungen erregten lebhaftes Interesse bei allen Delegierten, was die anschließende Aussprache bewies. Insbesondere wurde einem engeren Zusammenarbeiten zwischen christlichen Gewerkschaften und mit den mit uns im D. S. B. verbündeten Angestelltenorganisationen das Wort geredet.

Der Antrag auf Abhaltung einer Hausorganisation wurde einstimmig angenommen, ebenso einstimmig folgende Resolution gegen den sozialdemokratischen Terror zur Annahme:

Resolution.

Die am 19. 6. 21 stattfindende Konferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes Frankfurt—Hanau nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem sich in letzter Zeit wieder häufenden Terror gegen christliche Gewerkschaften. In dieser massenhaften Mißachtung von Verfassung, Gesetz und Recht seitens sozialdemokratischer Organisationskräfte die Verammelten den klarsten Beweis der gänzlich unzulänglichkeit der sozialdemokratischen Grundzüge im Sinne einer modernen und echten Demokratie und Konstitutionsfreiheit, gleichzeitig aber auch die vollständige Richtigkeit der untererleits vertretenen christlichen Prinzipien im Staats- und Wirtschaftsleben.

Zur Ueberwindung des sozialdemokratischen Terrors, für Recht und Möglichkeit auf Arbeit für christlich Organisierte, sowie zur Verwirklichung unserer großen Programmpunkte, fordert die Konferenz alle mit ihr einig denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich unverzüglich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Die anwesenden Delegierten befanden aufs Neue, in Zukunft noch mehr wie bisher für die hohen Ideale der christlichen Gewerkschaften mit allen Kräften arbeiten zu wollen in der festen Ueberzeugung, durch diese Tätigkeit unserem Volke und Vaterland in dieser schweren Zeit den besten Dienst zu erweisen.

Im Schlußwort erwähnte Kollege Neudeck die Ueberzeugungstreue unserer Kollegen in Oberursel, die nun schon seit Wochen dort von der Arbeit abgehalten werden, weil sie sich weigern, in den roten Verband einzutreten. Das berechtigt uns zu der Annahme, daß wir den Existenzkampf um unsere Organisation in Frankfurt a. M. freudig zu Ende führen werden. Der christliche Metallarbeiterverband muß für uns ein Stück Lebensinhalt bedeuten, für ihn wollen wir arbeiten und kämpfen in der Ueberzeugung, daß durch unser Erstarben dem Arbeiterstande am besten gedient wird.

Der Vorsitzende dankte zum Schluß allen Teilnehmern und ersuchte nochmals die gefassten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen.

Gesellschaftlichen. Unsere Generalversammlung hatte einen zufriedenstellenden Verlauf aufzuweisen. Der vom Gewerkschaftssekretär Zillekens erstattete Geschäfts- und Kassenericht ergab, wie auch im 1. Quartal, eine Aufwärtsentwicklung der Verwaltungsstelle. Nicht nur ist die Mitgliederzahl im ersten laufenden Halbjahr gestiegen, auch die Finanzgebarung und der Opfergeist der christlich organisierten Metallarbeiter Gesellschafter konnte rühmend hervorzuheben werden. Dieses ist um so höher zu bewerten, da das verfloßene Quartal die Verwaltungsstelle finanziell sehr in Angriff nahm, durch die Erwerbung eines eigenen Gebäudes, zwecks Errichtung eines Bürohau'es für die Verwaltungsstelle. Es ist damit der Erfüllung eines von den Mitgliedern lang gehegten Wunsches der Weg gebahnt. Mit einem Dank für die geleistete Mitarbeit an die Funktionäre Glück der Referent seinen Bericht.

Nachdem die üblichen an den Bericht sich anschließenden geschäftsmäßigen Formalitäten erledigt waren, erhielt Bezirksleiter Burgartz, Duisburg, das Wort. Derselbe referierte über die Verhandlungen betreffs Bezirkstammentariff. Der Redner erweiterte seinen Bericht, indem er die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse beleuchtete und daraus die Aufgabenstellung für die Metallarbeiterkraft zog.

Den Höhepunkt der Tagung bildete das allgemein erwartete Referat des Gewerkschaftssekretärs Wagner, Wehlar, der über den Metallarbeiterstreik in Wehlar in einem einstündigen Vortrag be-

richtete. Mit größter Spannung lauschten die Anwesenden seinen Ausführungen, da er, an der Quelle der Begebenheit stehend, die einzelnen Phasen der Entwicklung, die zum Streit führten, wie auch diesen selbst und seinen Ausgang in überzeugender Weise vorzutragte. Er wies zunächst auf das Organisationsverhältnis hin, welches ergibt, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband im Wehlarer Gebiet an Mitgliederzahl vorherrschend ist. Schlechte Lohnverhältnisse haben dort die Metallarbeiter, wie dieses das Frankfurter sozialdemokratische Organ vor noch nicht langer Zeit bestätigte. Anstatt geschlossen für eine Verbesserung der Lohnverhältnisse einzutreten, waren es in den letzten Jahren die parteipolitischen Verhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie, die dieses unmöglich machten. Um so mehr war aber eine steigende Hege und Terror gegenüber dem christlich organisierten Metallarbeiter am Blöke. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband suchte dadurch seine Machtposition zu halten und es ging das Treiben soweit, daß dieser eine Verhandlung in Gemeinshaft mit den Vertretern des Christlichen Metallarbeiterverbandes ablehnte. Manches führende Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ist vom Gericht zu hohen Gefängnis- oder Geldstrafen wegen Terror u. dergl. verurteilt. Auch der Streit war in seiner letzten Zweckbestimmung nichts anderes als ein Kampf um die Vormachtstellung der drei im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ringenden Parteien: der U. S. P. D., der U. S. P. D. und der V. S. P. D. Dieses kam so recht dadurch zur Geltung, als der Verbandsvorsitzende Dismann während des Streiks in Wehlar erschien, aber nicht etwa, um zu den über 10 000 streikenden und ausgepeinigten Metallarbeitern zu kommen, sondern sich in eine Mitgliederverkammlung der U. S. P. D. begab, wo weiblich über die S. M. P. D. geschimpft wurde. Im übrigen ergab der Bericht des Gewerkschaftssekretärs Buchner, das, was bereits die Presse über den Ausgang des Streiks und die Bekannte 60 000-Mark-Geldstrafe veröffentlicht hat. Beifällig wurden die Schlussworte des Referenten aufgenommen, der den feigen Boden des Wehlarer Gebietes kennzeichnete, aber auch eine Aufwärtsentwicklung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zeigte.

Gewerkschaftssekretär Jilkebens ging am Schluß der Versammlung des Näheren auf die örtlichen Verhältnisse und auf die gegenwärtige Lage ein. Auch verwies er auf die mütterliche Behandlung der Stadt Gelsenkirchen durch die Behörden hin.

Die in der Versammlung getätigte praktische Gewerkschaftsarbeit fand ihren Niederschlag in entsprechenden Entschlüssen.

Notz. Gründung eines Gewerkschaftskartells. Die Christlichen Gewerkschaften Notzes, darunter der Christl. Metallarbeiterverband, der Christliche Holzarbeiterverband und der Post- und Eisenbahnerverband, haben sich in einer am Samstag, dem 2. Juli 1921, stattgefundenen Mitgliederverkammlung zusammen geschlossen, um in Notz den langersehnten Wunsch „Gründung eines Gewerkschaftskartells“ Rechnung zu tragen. Die Christlichen Gewerkschaften Notz haben mit der Gründung des Kartells das öffentliche Zeugnis abgelegt, daß es mit den Verbänden in Notz nicht rückwärts, sondern vorwärts geht. Hoffen wir, daß das neugegründete Kartell recht erprobliche Arbeit leisten kann. Der Christliche Metallarbeiterverband, sowie der Christliche Holzarbeiterverband, haben bereits ihre Delegierten gewählt und sobald der Post- und Eisenbahnerverband seine Delegierten abgestellt hat, wird das Kartell zusammmentreten und seine Vorstandschaft ernennen.

Kaiserslautern fragt, wieviel wir bekant ist, auch noch in Deutschland, und die Frage geht, wenn sie aus von den Franzosen bekehrt ist, doch auch noch dazu. Wenn man als Gewerkschaftler wöhnlich mit Interesse sein Verbandsorgan liest, so muß man zu dem Schluß kommen, daß in der Frage und speziell in Kaiserslautern, was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anbelangt, alles in schönster Ordnung sein soll, weil es die führenden Kollegen unterlassen, von Zeit zu Zeit in unserem Verbandsorgan die Tätigkeit unserer Ortsgruppe der Öffentlichkeit zu zeigen. Da die Metallindustrie von Kaiserslautern zum großen Teil fertigindustriell ist, und die besten zurzeit gut beschäftigt ist, aber die Lohnverhältnisse die schlechtesten der ganzen Pfalz sind, haben sich die Unternehmer, auf wiederholtes Drängen der Arbeiterführer, veranlaßt gesehen, sich zu Verhandlungen herbeizulassen, und zwar am Freitag, den 22. Juli, zu Neustadt a. S. Nach langen Verhandlungen wurde von den Unternehmern eine „horrende“ Lohnserhöhung bewilligt, und zwar für alle über 21 Jahre alten im Tagelohn arbeitenden Facharbeiter und angelernten Arbeiter... Lage und schreibe 10 Pf. (sehr Wenig), für gelernte Formner und Maschinenformner 20 Pf. Diese Lohnserhöhung wurde von der gesamten Arbeiterschaft als eine Verhöhnung angesehen, und am Samstagfrüh wurden die Betriebsräte durch die Vertrauensmänner verständig, daß die gesamte Arbeiterschaft durch dieses Angebot der Unternehmer ungeheuer erregt sei und sofortige neue Verhandlungen verlangt. Die gesamte Arbeiterschaft verhalte sich so lange passiv, bis die Unternehmer verhandelt hätten. Am Samstag mittag wurden die Organisationsführer zu neuen Verhandlungen von den Unternehmern von Kaiserslautern eingeladen. Das Resultat dieser Verhandlungen war eine 15 % ige Lohnserhöhung auf die Feuerungsanlage für alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen. Diese Lohnserhöhung beträgt für alle über 21 Jahre alten Arbeiter 30 Pf. pro Stunde. Am Sonntag früh haben wir unsere Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen, um Stellung zu nehmen zu diesem Verhandlungsergebnis. Die Mehrheit der Mitglieder beschloß, diese Lohnserhöhung unter Protest anzunehmen. Am Montag früh wurde das Resultat in den einzelnen Betrieben bekannt gegeben und neue Erregung wurde in die Arbeiterschaft getragen, weil die Jugendlichen von der Lohnserhöhung ausgeschlossen sind. Jetzt gärt es schon die ganze Woche in den einzelnen Betrieben, und das Ende ist noch nicht abzusehen. Wenn man bedenkt, daß die Unternehmer, die Großbanken und die börsennotierten Dividenden und Gewinne verteilen, wie nie zuvor, dann kann man die Erregung der Arbeiterschaft begreifen. Hier wäre es Pflicht der Staatsregierung, einmal nach dem Rechten zu sehen und nicht alles den Arbeiterführern zu überlassen. Weiß die Regierung nicht, daß die Berliner Großbanken Milliardengewinne gemacht haben, weiß die Regierung nicht, daß Hunderte von Unternehmern Dividenden verteilen, die ins Ungeheure gehen? Weiß die Regierung nicht, daß durch das unrichtige Zusammen der Regierungen seit der Revolution die Arbeiterschaft immer mehr verdrängt wird. Wir christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen können nicht begreifen, daß da nicht einmal ganz gründliche Reformen geschafft wird. Und wir verlangen, daß unsere Lebensrechte mehr gewahrt werden, als es bisher gegeben ist. Unser christlicher Metallarbeiterverband als die Organisation christlicher Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen, muß noch mehr gestärkt werden, wenn wir alle unsere Forderungen durchsetzen wollen.

Barmen. Der § 36 des B. G. B. sagt in seinem Absatz 1 beinahe klar und deutlich: Zur Kündigung eines Mitgliedes einer Betriebsvertretung oder zu seiner Veretzung in einen anderen Betrieb bedarf der Arbeitgeber der Zustimmung der Betriebsvertretung, wenn diese Zustimmung verlangt wird, so kann der Arbeitgeber dieselbe durch einen Spruch des Schlichtungsanschlusses erlangen lassen. (Paragr. 97.) Es entsteht die Frage, was zu geschehen hat, wenn der Arbeitgeber von dieser Berechtigung keinen Gebrauch macht, sondern einfach zur Entlassung schreitet. Nach den bisherigen Erfahrungen muß dann das Betriebsratsmitglied durch Bestätigung des ordentlichen Rechtsweges feststellen lassen, daß die Kündigung zu unrecht erfolgt ist. Er kann als Betriebsratsmitglied in diesem Fall nicht den Schlichtungsanspruch ansetzen, was im übrigen jedem Arbeiter zusteht. Hier besteht eine Lücke im Gesetz, da hierdurch sehr leicht alle Schlichtungsparagraphe nutzlos gemacht werden können. Zur Erläuterung diese Folgender Fall:

Bei der Firma Eschweiler in Barmen befindet sich seit längerer Zeit Arbeitsmangel, besonders im Walzwerk. Nach Erstattung der Arbeitszeit in dieser Abteilung wurde vor einiger Zeit zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse geordnet und nach 20 Wochen

Nach etwa 4 Wochen kündigte die Firma Eschweiler 3 Arbeitern, darunter das Betriebsratsmitglied R., Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes. Der Betriebsrat verfolgte die Zustimmung zur Entlassung des R., die Firma entläßt ihn am anderen Tage trotzdem. Der Schlichtungsanspruch erklärt sich dem Betriebsratsmitglied gegenüber als nicht zustandig, und der Verband reicht bei dem Gewerbegericht die Klage ein. In der Vergleichslegung kam keine Einigung zustande, und nun haben wir die Möglichkeit des Schriftlich eingereicht, der das Gewerbegericht nochmals auf Grund der Paragraphe des B. G. B. auf die Rechtsunwirksamkeit der Entlassung hinweist. In der Spruchung des Gewerbegerichtes hat nun die Firma, da sie wahrscheinlich die Ausschließlichkeit des Falles einzieht, dem Kollegen R. einen Vergleich angeboten. Die Firma wollte 1500 M. zahlen, wenn R. auf alle Ansprüche an die Firma und auf die Wiedereinstellung verzichtete. Der Vergleich kam unbegreiflicher Weise zustande, da der Kollege auf den Heim einging. Die Firma hat damit ihren Zweck, den Kollegen R. loszuwerden, voll und ganz erreicht. Für die Firma ist das ein doppelt großer Erfolg, da der Kollege die Interessen der gesamten Belegschaft bisher in der musterhaftesten Form vertreten hatte. Die Neuerung eines Mittels: „Wir stellen R. nicht wieder ein, selbst wenn wir dazu verurteilt werden und ihn bezahlen müssen“, bewies zur Genüge die wahre Absicht der Firma. Daß nach dem Dargelegten eine Lücke im Gesetz besteht, bedarf wohl keiner Frage; denn die Arbeiterschaft geht es nicht so sehr darum, daß der Kollege auf Kosten der Firma spazieren gehen kann, sondern daß er wieder eingestellt wird und die Interessen der Arbeiterschaft vertreten kann.

Die ganze Angelegenheit beweist wieder einmal zur Genüge, daß die Betriebsratsmitglieder allen Grund haben, sich in allen diesen so wichtigen Dingen zu schulen, damit nicht die schwachen Schlichtbestimmungen B. G. B. noch unwirksam gemacht werden, wie das von der Arbeitgeberseite fortgesetzt versucht wird.

Branchenbewegung

Elektromonteur:

Im Auftrage der Fachgruppe Elektriker und verwandte Berufe des christlichen Metallarbeiterverbandes Essen hielt Herr Professor Heingerling im Experimentierkabinett der Humboldt-Universität in Essen am Montag, den 18. und Mittwoch, den 20. Juli, einen Experimentalvortrag über „Wechselströme (insbes. Tesla-Ströme) hoher Wechselzahl und Spannung (Tesla-Ströme)“. Außerdem über Quecksilberdampf-Gleichrichter.

Aus dem großen Gebiete der Wechselströme wurden, wie der Vortragende erläuterte, nur einige Passagen herausgegriffen, von denen die Theorie kein recht an „aulisches Bild“ gibt, während die experimentelle Behandlung in verständlicher Weise vermittelt und einprägt. Nach einigen einleitenden Vorlesungen über die magnet. Wirkungen von Stromspulen und die Abhängigkeit ihrer Polarität von der Stromrichtung wird auf die Entstehung von elektr. Strömen in Stromleitern eingegangen, wenn sie im magnet. Feld sich befinden. Dieses Feldes ausgeleitet werden. Sie offenbaren sich ferner als Wechselströme, d. h. als Ströme, welche Stärke und Richtung je nach der Veränderung des Feldes, mehr oder weniger regelmäßig ändern. Die graphische Darstellung von Wechselströmen verschiedener Entstehung vervollständigen das Bild ihres Verlaufs.

Die Erscheinung, daß in einer von Wechselstrom durchflossenen Leitung selbst bei Veränderung der Stärke und Richtung desselben Stromflüsse auftreten, die sog. Selbstinduktion, wird durch den Versuch gezeigt. Sie spielt in der Wechselstromlehre eine große Rolle und zwingt den in der Gleichstromlehre gebräuchlichen Begriff des Widerstandes in der Wechselstromlehre durch den Begriff des Wechselstromwiderstandes, der Impedanz, zu ersetzen.

Das von einer Gleichstrom- bzw. Wechselstromlampe erzeugte Bild einer rechteckigen Öffnung wird zum Vergleich durch einen rotierenden Spiegel auf einen Schirm projiziert; das von dunklen Streifen durchzogene Bild bei Wechselstrom im Gegensatz zu dem gleichförmig hellen des Gleichstroms zeigt das regelmäßige Nachlassen der Lichtstärke entsprechend den Schwankungen des Wechselstroms. Nach Erörterung des Begriffes und der Entstehung einphasigen, zwei- und dreiphasigen Wechselstroms wird die Entstehung eines Dreiphasens, d. h. eines durch Wechselstrom erzeugten sich drehenden magnetischen Feldes, am Zweiphasenstrom durch den Versuch erläutert.

Es schließt sich die Vorführungen eines Drehfeldes durch Dreiphasenstrom, den sog. Drehstrom und der in ihm rotierenden Anker oder Rotoren an.

Im Anschluß an die Wechselströme wurde der in der Elektroausstellung mehrfach gezeigte und verkannte Quecksilberdampfgleichstrom erörtert, der den Zweck verfolgt, den dreiphasigen Wechselstrom in einen Gleichstrom zu verwandeln, was man, wie beim Laden von Akkumulatoren nicht auf ihn verzichten kann. Er beruht darauf, daß in einer Bogenlampe, hier in einer Quecksilberlampe, der Strom nur in einer Richtung durchgelassen wird, wenn die Kathode aus Metall, hier aus Quecksilber besteht. Das Bestreben, die volle Energie des verfügbaren Stromes auszunutzen, bedingten die besondere Konstruktion des Gleichrichters.

Während es sich den betrachteten Mitteln nicht gelungen ist, über eine 2000fachen Stromwechsel in der Sekunde hinauszu kommen, liefert uns die Funkenentladung einer Leydener Flasche, einer längst bekannten Einrichtung, wie man allmählich erkannt hat, einen Wechselstrom von 100 000 bis einer Milliarde Stromwechseln in der Sekunde, Ströme, die man wohl als elektrische Schwingungen bezeichnet. Diese Wechselströme sind von dem Amerikaner Tesla untersucht und zu den Testströmen verwandt worden. Die beim gewöhnlichen Wechselstrom beobachteten Erscheinungen zeigen bei der hohen Spannung und Wechselzahl der Testströme mancherlei Abänderungen:

Glimmlampen kommen durch bloße Induktionswirkung ohne sonstige Stromquelle in ihrem Felde zum Leuchten; der Teststrom wählt bei zwei ihm gebotenen Wegen, Kupferfänge und Glimmlampe den dem Widerstand im gewöhnlichen Sinne nach schwierigeren — durch die Glimmlampe.

Unterdrückt man die Leitung der Ströme an einer Stelle, so erhält man Röhrenentladungen, und wenn die Drahtenden in Platten enden lassen, ein sog. Hochspannungsfeld, in dem elektrisierbare Röhren mit verdünntem Gas aufleuchten und damit leuchtend die allseitig nicht verwirklichte Ansicht auf die Umgestaltung unserer gesamten Beleuchtungsbedürfnisse zu geben scheinen — Tesla's Licht der Zukunft!

Der menschliche Körper erträgt den Durchgang der Hochfrequenzströme ohne Beschwerde und ohne Schaden zu nehmen, wie der Vortragende an sich selbst zeigte.

Eine Betrachtung der dem Wechsel- bzw. Gleichstrom entsprechenden ihren besonderen Eigenschaften zugewiesenen Gebieten schloß den Vortrag.

Reisegericht.

Der Entwurf des neuen Arbeits-Zeitvertrages ist den Handwerksmeistern Innungen und Handwerkskammern, schwer in die Glieder gefahren und man entrüstet sich auf der ganzen Linie über die Einmischung der Gewerkschaften in der Zeitungsfrage. Die bestehenden Gesetze über Jugendschutz, Arbeitszeit werden nicht beachtet, man legt sich über diese hinweg und wagt sich als Richter in seinen Bereich, ohne seine Ehrenrechte zu verletzen.

Ein Beispiel, daß die Gewerkschaften auf der richtigen Fährte sind, wird ein Messermeister in Barmen sein, das kammert

in der gesetzlichen Wochentage. Wehe dem Lehrling, der es abends um halb 7 Uhr die Werkstätte verläßt, er kann gerügt sein, daß ihm das am anderen Morgen hart auf's Butterbrot geschnitten wird. Je länger, je lieber lautet die Parole des Meisters, wenn es auch halb 10 Uhr wird; wenn es gut geht, fällt hier und da dann ein kleines Trinkgeld für den Stief ab.

Beim Materialholen richtet man es ein, daß es außerhalb der Arbeitszeit geschieht. Man schiebt den Lehrling abends um 6 Uhr weg, damit sie noch eben vor Geschäftsschluß im Laden sind und Material empfangen können und sagt ihnen, je schneller ihr zurückkommt, desto eher habt ihr Feierabend. Ein billiger Trost. Daß der Weg hin und zurück gut 2 Stunden beträgt und bei entsprechender Post noch länger, kümmert den Meister nicht. Da die Lehrlinge später auch Ehemänner werden wollen, so wird ihnen jetzt schon — wie freundlich — etwas dafür beigebracht, als da ist Wäschebretten für die Meisterin, Kohlen und Holz holen usw.

Daß es da mit der Ausbildung hapert, kann man nicht wundern. Man soll es dann aber nicht auf das Schuldkonto des Lehrlings setzen. Wie es hier aussieht, so sieht es in vielen anderen Betrieben auch aus. Die Innungen bestimmen sich nicht darum und so kann jeder Meister halten und wahren, wie es ihm beliebt. Da müssen die Gewerkschaften als die beruhte Vertretung der Arbeiterkosten ein Mitsprechungsrecht haben, damit eine gute Ausbildung garantiert wird. Den Lehrlingen und Gehilfen bei Innungsmeistern in der Metallbranche ruhen wir zu, arbeitet bis auch der letzte Gehilfe und Lehrling Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes geworden ist.

Antworten

S. R. Essen, F. M. Duisburg: Wirtschafts- und Industrie-geschichtliche Werke über unsere Industrie müssen in jeder größeren Ortsverwaltung zu finden sein. Sollten sie fehlen, muß der Mangel scheinbar ausgemerzt werden. Jetzt ist ein epochenmachendes Werk von Konrad Matzohf (Verlag Springer, Berlin) herausgekommen: Ein Jahrhundert deutscher Maschinenbau, der on Hand der Entwicklung von der salotischen mechanischen Werkstätte bis zur Demag, den Gang der deutschen Industrie-geschichte zeigt. Das Buch kostet 59 Mark und sollte in jeder größeren Ortsverwaltung vorhanden sein.

K. Kaiserslautern: Bericht in dieser Nr. Unermüßliche Agitation ist das einzige Mittel, um auch den Terror zu brechen.

In dem Artikel „Sein größter Sieg“, Nr. 32 unseres Organs, wurden als die drei Betriebsratsmitglieder Schmidt, Bärminkel und Schneider genannt. Es ist ein Versehen unterlaufen und muß heißen Schmidt, Bärminkel und Grube.

Wichtige Fachlehrbücher

Praktiker M. 11.—, Elektrotechnik für Werkstattwinke für den praktischen Maschinenbau M. 19.50. Schutz und Verwertung von Erfindungen M. 9.50. Störungen an Betriebsmaschinen M. 11.—, Sörungen an elektr. Maschinen M. 12.—, Leitladungen der drahtlosen Telegraphie M. 9.50. Elektr. Beleuchtungs-technik M. 11.—, Ausnutzung der Windkräfte M. 14.—, Maschinen-herstellung M. 2.—, Pflügel der Eisen- und Stahlsorten M. 2.50. Herstellung der Gewinde und Gewindeschneidwerkzeuge M. 2.—, Berechnung der Federn M. 14.50. Kohlenersparnis bei Industrie-leuerungen M. 2.50. Zeitgemäße Ingenieur-Ausbildung M. 4.50. Wie erlange ich in kurzer Zeit eine schöne und geläufige Handschrift M. 4.—, Gegen Nachnahme. **Akadomilsh - Technischer Verlag, Frankfurt a. M., West 8.**

Schule des Maschinenmeisters

von Ingenieur S. Herzog Preis Mk. 6.50

Maschinenelemente

Preis Mk. 12.— von Dipl.-Ing. R. Botsch

Maschinenzeichnen

Preis Mk. 18.— Lehrer f. Maschinenbau

Katalog Nr. 137 kostenlos und portofrei.

Oskar Leiner, Buchh. L. Teubner Leipzig, Königsstr. 26b

Wertmeister

finden in allen Fragen Belehrung im

Taschenbuch für Wertmeister, Gasmeister, Maschinenbauer, Mechanik, Monteure, Netylentechnik, Installateure und Gewerkschaftler. Von Ing. H. F. B. Schäfer. 9. Auflage mit Anhang: Der Gebrauch des Rechenchiebers. Preis 6 Mk. Preisliste Nr. 137 kostenl. u. portofrei.

Oskar Leiner, Buchhandlung für Technik,

Leipzig, Königsstraße 26 b.

Achtung Waagenbauer!

Wir suchen zum sofortigen Eintritt mehrere Waagenbauer für Laufgewichts- und Dezimalwaagen, ferner einig Feinmechaniker, die bereits auf Laufgewichts-Waagebalken gearbeitet haben.

Ottensener Waagenfabrik, Albert Ebmann & Co.

Altona bei Hamburg

Die Bibliothek des Arbeiters sind die

„Bücher der Arbeit“

Echo-Verlag · Duisburg · Musfeldstr. 15

stark gebunden je 100 Seiten.

Als erste Bücher erscheinen:

1. Band:

Christentum und soziale Idee. Georg Wieber

2. Band:

Die moderne Gewerkschaftsbewegung. Theod. Brauer

3. Band:

Die Verstaatlichung der Schwereisenindustrie oder soziale Gemeinwirtschaft. Karl Schmik

4. Band:

Das Betriebsbilanzgesetz in der Hand des Betriebsrates. Dr. Franz Goertig

Preis pro Band im Buchhandel 6.50 Mark. Für Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes 5 Mark